

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

BARBARA LIPPERT

Einhergehend mit dem Zerfall der "sozialistischen Staatengemeinschaft" haben sich die desintegrativen Tendenzen innerhalb des RGW verstärkt bis hin zu Austritts- und Auflösungsabsichten einzelner Mitgliedstaaten¹. Der umfassende Bedeutungs- und Funktionsverlust zeigte sich in dreifacher Hinsicht: Erstens in bezug auf die Intra-RGW-Zusammenarbeit, zweitens als Orientierungs- und Handlungsrahmen für die in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Reformen seiner Mitgliedstaaten und drittens im Hinblick auf seine internationale Rolle, denn selbst seine Mitglieder sehen im RGW kein tragendes Element der neuen europäischen Architektur. Dieser negativen Gesamtbilanz der gegenwärtigen Verfassung des RGW steht eine fundamental verbesserte Qualität der bilateralen Beziehungen der Staaten Ost- und Zentraleuropas sowie der UdSSR mit Westeuropa, insbesondere der EG, gegenüber. Nur zwei Jahre nach Abschluß der Gemeinsamen Erklärung zwischen RGW und EG (25. 6. 1988) sind sämtliche europäische RGW-Staaten durch Handels- und Kooperationsverträge mit der EG verbunden. Die revolutionären Umbrüche in dieser Region forcierten Tempo und Engagement der EG-Politik bis hin zu Assoziierungsangeboten gegenüber RGW-Ländern. Aus Sicht einzelner RGW-Staaten erscheint das magische Datum der Jahrtausendwende als Ziellinie für einen Beitritt zur EG.

Existentielle Krise der Intra-RGW-Kooperation

Bereits auf der 44. Ratstagung des RGW im Juli 1988 stellte der sowjetische Ministerpräsident Ryschkow fest, daß "das historisch entstandene, exzessive Modell der Arbeitsteilung" im RGW "seine Möglichkeiten erschöpft" habe². Der existentiellen Krise des RGW sollten die Mitgliedstaaten vor allem durch die Erarbeitung einer "kollektiven Konzeption" der internationalen Arbeitsteilung für die Jahre 1991–2005, durch die Implementation des "Komplexprogramm 2000" sowie durch den Ausbau von Direktbeziehungen zwischen Unternehmen entgegenwirken³. Nicht zuletzt inspiriert vom EG-Binnenmarktprojekt '92 definierten die reformwilligen RGW-Staaten eine neue Finalität ihrer Zusammenarbeit, die auf die Schaffung eines Gemeinsamen RGW-Marktes abstellen sollte⁴. Der damit verbundene freie Verkehr von Waren, Kapital und Arbeitskräften implizierte eine Revision der vierzigjährigen rein auf Koordination beschränkten Praxis im RGW⁵. Die Idee des Gemeinsamen Marktes muß wohl unterdessen als *in statu nascendi* gescheitert angesehen werden. Zur Operationalisierung trugen die

Mitgliedstaaten um so weniger bei, je aussichtsreicher und greifbarer sich ihre bilateralen Beziehungen zum EG-Markt entwickelten. Der weiter zurückgehende Warenverkehr innerhalb des RGW-Raumes kann als ein Indikator für die zunehmende Entpflichtung einiger Mitgliedsländer aus diesem Wirtschaftsverbund und für dessen ineffektive Strukturen herangezogen werden. Zwischen 1985 und 1989 ging z. B. der Anteil des ungarischen Ex- und Imports mit den europäischen RGW-Ländern sowie der UdSSR von 52 auf 45% bzw. von 49 auf 44% zurück⁶. Der Intra-RGW-Handel nahm 1989 insgesamt um 1,8% ab, wobei es sich um den ersten absoluten Rückgang des Warenaustauschvolumens seit Gründung des RGW 1949 handeln soll. Der Warenaustausch mit den OECD-Ländern hingegen nahm 1989 ausfuhrseitig um 11,6% und einfuhrseitig um 13,2% zu⁷. Die Verschuldung der RGW-Staaten in frei konvertierbaren Währungen wird 1989 mit Netto 100 Mrd. \$ angegeben⁸.

Die 45. RGW-Ratstagung (9.-10. 1. 1990) fand nach den revolutionären Veränderungen in Zentral- und Osteuropa unter neuen Rahmenbedingungen in Sofia statt. Das kurze Kommuniké konstatiert die "Notwendigkeit einer entschiedenen Erneuerung des gesamten Systems der gegenseitigen und des Mechanismus der multilateralen Zusammenarbeit"; um eine "zukunftsorientierte Zusammenarbeit" zu gewährleisten, soll eine Sonderkommission Vorschläge zur institutionellen und inhaltlichen Erneuerung des RGW erarbeiten⁹. Zentrale Elemente der Reformmaßnahmen sind die Einführung der vollen Konvertibilität der Währungen und damit die Abschaffung der Verrechnungseinheit "transferabler Rubel" im Intra-RGW-Handel sowie eine am Weltmarkt orientierte Preisbildung. Über Tempo und Ausmaß dieser Maßnahmen bestehen jedoch offenbar erhebliche Meinungs- und Interessenunterschiede¹⁰. Unstreitig ist, daß eine wirksame Umgestaltung des RGW von radikalen inneren Wirtschaftsreformen abhängig bleibt.

Demokratisierung und Entwicklung zur Marktwirtschaft in den Ländern des RGW: Daten des revolutionären Umbruchs

Gewaltige Verschiebungen kennzeichnen die politische Landschaft in Zentral- und Osteuropa: Demokratisierung, Pluralismus und die Schaffung einer marktorientierten Wirtschaft gehören zum Kernbestand der von den neuen oder gewandelten Eliten vorgelegten Regierungsprogramme. Überwiegend konnten unter diesen Vorzeichen Kommunistische Parteien nicht gegenüber den dominierenden konservativ-liberalen Kräften bestehen, die nicht selten auch von nationalistischen Tendenzen unterströmt sind. In den Hintergrund gedrängt wurden nach dem Votum der Bürger auch sozialistische/sozialdemokratische Positionen.

Im Zusammenhang mit den ökonomischen und politischen Transformationen bietet der RGW offenbar keine Instrumente und Strukturen, um diese Prozesse konstruktiv mitzugestalten. Gerade jene Staaten, die am weitesten fortgeschritten sind auf dem Weg zur Marktwirtschaft, ziehen den RGW kaum als Handlungsparameter ins Kalkül, sondern sehen in der EG und teilweise auch in der EFTA

und der OECD die zentralen Modernisierungspartner¹¹. Eine Reform des RGW an Haupt und Gliedern würde das entschiedene Engagement der leistungsfähigen Mitgliedstaaten voraussetzen. Bis in die zweite Hälfte des Jahres 1989 wurde die Grundhaltung der Mitgliedsländer zur Reform des RGW vor allem an ihrer Einstellung zur sowjetischen Perestrojka festgemacht. Folgendes Beziehungsmuster bildete sich heraus: Ungarn und Polen galten als "risikobewußte Vorreiter", Bulgarien und die CSSR als "gezügelte bzw. distanzierte Anpasser", während die DDR und Rumänien als "konservative bzw. rigide Verweigerer" auftraten¹². Die politischen Umwälzungen und die bis Mitte 1990 durchgeführten freien Wahlen in den Staaten Mittel- und Osteuropas machen eine Orientierung am Tempo der sowjetischen Reformstrategie zunehmend obsolet. Gleichzeitig offenbarte sich die wechselseitige Bedingtheit von ökonomischen und politischen Reformen, über die 1989 in Polen (erstmalig am 6. Februar), Ungarn (13. Juni), der CSSR (26. November), der DDR (7. Dezember) und 1990 in Bulgarien (16. Januar) Gespräche am Runden Tisch mit nichtkommunistischen Vertretern aufgenommen wurden.

Auf der Grundlage eines mindestbestandsichernden Wahlgesetzes für die Polnische Kommunistische Partei wurden in Polen am 4. Juni 1989 halbwegs freie Wahlen abgehalten, die im September zur Regierungsbildung unter dem ehemaligen Solidarnosc-Berater Tadeusz Mazowiecki führten. Finanzminister Balcerowicz legte ein radikal marktorientiertes Wirtschaftsprogramm vor¹³. Es soll in Abstimmung mit dem IWF und dem Pariser Club vor allem die enorme Auslandsverschuldung seines Landes abtragen und die Inflation eindämmen helfen. Kritisch äußerte sich Mazowiecki nach der RGW-Ratstagung vom Januar 1990 über die Zukunft des RGW, zu dessen Reform Polen prinzipiell beitragen wolle: "Der RGW, um den es uns geht, hat nicht die Aufgabe, ineffektive Wirtschaftsorganismen vor dem Wettbewerb zu schützen, sondern soll eine weltweite Verständigung fördern und vollständig in die Weltwirtschaft eingebettet sein"¹⁴. In Ungarn, das seit dem 23. Oktober 1989 den Namen "Republik Ungarn" trägt, wird keine monetaristische Schocktherapie nach polnischem Vorbild angestrebt. Die siegreich aus den Wahlen am 25. März/8. April 1990 hervorgegangene bürgerlich-konservative Koalition unter Jozsef Antall strebt u. a. die soziale Marktwirtschaft sowie die EG-Mitgliedschaft innerhalb von zehn Jahren an¹⁵. Ein ähnlicher Zeithorizont wird vom amtierenden Ministerpräsidenten der CSFR (seit 20. 4. 1990 anstelle von CSSR) Calfa zugrundegelegt¹⁶. Die Wahlen vom 8./9. 6. 1990 brachten einen Sieg des von Staatspräsident Vaclav Havel angeführten Bürgerforums und dessen slowakischer Schwesterorganisation VPN¹⁷. Ebenso wie in Ungarn blieben die Kommunisten abgeschlagen. Calfa erklärte wiederholt, daß die Zukunft des RGW vor allem in seiner Funktion als "Konsultationsforum" liege, das durch ein erneuertes Vertragssystem ergänzt werden soll¹⁸. Die CSFR strebt, ähnlich wie Polen, keinen sofortigen Austritt aus dem RGW an, da er eine "vorübergehend notwendige Einrichtung" vor allem zur Abwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR sei¹⁹. In Bulgarien wurde seit der Ablösung Schiwkoffs am 10. November 1989 unter dem neuen

Führer der Kommunistischen Partei Mladenow ein allmählicher Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems eingeleitet. Ministerpräsident Lukanow sprach sich für eine rasche Reform des RGW aus, da ein Kollaps des RGW negative Auswirkungen für Europa als Ganzes mit sich brächte²⁰. Bei den Wahlen am 10./17. Juni 1990 erzielte die Kommunistische Partei die absolute Mehrheit der Sitze²¹. In Rumänien wurde am 23. Dezember 1989 die Front der nationalen Rettung unter Ion Iliescu gebildet, die sich zwar entschieden vom Ceausescu-Regime distanzierte und bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 20. Mai 1990 die Mehrheit davontrug, jedoch bislang weder eine Befriedung der rumänischen Gesellschaft noch tiefgreifende Reformen durchsetzte.

Die bis zum Sturz Honeckers am 18. Oktober 1989 reformvereitelnde RGW-Strategie der DDR wandelte sich unter der neugebildeten Modrow-Regierung nur zaghaft und ist als Teil ihrer Bündnis- und Deutschlandpolitik zu sehen. Zwar trat die SED/PDS-Regierung als Anhängerin einer vertieften RGW-Zusammenarbeit auf, begegnete aber radikaleren Reformvorschlägen reserviert²². Seit den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 und dem Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland ist die DDR faktisch aus dem RGW herausgelöst²³. Auch 1989/90 griffen die politischen Reformen in der UdSSR wirksamer als die Perestrojka auf wirtschaftlichem Gebiet. Nach der ersten Wahl zum Volksdeputiertenkongreß (Tagung vom 25. 3.–9. 6. 1989) ist eine Parlamentarisierung und schrittweise Entwicklung hin zu einem Mehrparteiensystem zu erwarten. Die Wahl von Gorbatschow in das neu geschaffene Staatspräsidentenamt am 15. März 1990 hat diesem zu einer außerordentlichen Machtfülle verholfen, die neben der weiteren Trennung von Staats- und Parteiapparat auch Maßnahmen gegen den rapiden wirtschaftlichen Substanzverlust unterstützen soll. Ministerpräsident Ryschkow legte am 24. Mai ein Regierungsprogramm für den "Übergang zur geregelten Marktwirtschaft" vor, deren rechtliche Grundlagen bis zum Jahresende 1990 geschaffen sein sollen²⁴. Mit Blick auf den RGW wird ab 1991 die Umstellung des Handels auf der Basis von Weltmarktpreisen angestrebt. Dies stößt bei den devisenschwachen RGW-Partnern auf Kritik²⁵.

Mit seinem Brief an den Weltwirtschaftsgipfel im Juli 1989 hatte sich Gorbatschow entschieden für eine Reintegration der UdSSR und des RGW-Raums in die Weltwirtschaft ausgesprochen und an die Unterstützungsbereitschaft des Westens appelliert²⁶. Das auf diesem Gipfel geborene und zunächst auf Polen und Ungarn beschränkte und von der EG-Kommission koordinierte PHARE-Programm der 24 OECD-Staaten wurde im Frühjahr 1990 auf die übrigen europäischen RGW-Staaten mit Ausnahme der UdSSR ausgedehnt²⁷. Zu seinen Hauptelementen zählen neben der Nahrungsmittelhilfe die Verbesserung des Marktzugangs, Umstrukturierungshilfen für die Landwirtschaft, Investitionshilfen, Förderung der beruflichen Bildung und die Zusammenarbeit bei Umweltfragen²⁸.

Während vor allem die EG, der Europarat, die KSZE und selbst die Nato ihre Strukturen und Funktionen mit Blick auf die gesamteuropäische Architektur

anpassen und entfalten, scheint das Bündnissystem von Warschauer Pakt- und RGW-Staaten zutiefst zerrüttet. Die Öffnung des Europarats für RGW-Länder signalisiert die Ausdehnung der Wertegemeinschaft der demokratischen Verfassungsstaaten. Diese Tendenz bestätigten die allmählichen Fortschritte auf den KSZE-Konferenzen zur menschlichen Dimension in Paris (30. 5.–23. 6. 1989) und mehr noch in Kopenhagen (5. 6.–29. 6. 1990). Auf der KSZE-Wirtschaftskonferenz in Bonn (19. 3.–11. 4. 1990) anerkannten erstmals alle 35 Staaten den Zusammenhang zwischen politischem Pluralismus und Marktwirtschaft und einigten sich auf einen entsprechenden Prinzipienkatalog²⁹. Der sowjetische Vorschlag, in die Präambel des Schlußdokuments den Passus einzufügen "Die Teilnehmerstaaten sprechen sich dafür aus, daß zwischen den drei wichtigsten Integrationsorganisationen – EG, EFTA und einem grundlegend umstrukturierten RGW – Möglichkeiten für Kontakte und Zusammenarbeit gesucht werden sollten"³⁰, wurde jedoch nicht aufgegriffen.

RGW-EG: Normalisierungsprozeß ohne originäre Substanz

Auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung fanden 1989 zwei Expertentreffen statt, das insgesamt vierte ist für den 12./13. Juni 1990 in Moskau vorgesehen³¹. Bislang konzentrierten sich die Gespräche auf einen bloßen Informationsaustausch über Struktur und Kompetenzen beider Seiten. Auf der Tagesordnung standen Gespräche über Normen, Standardisierung, Statistik und Wirtschaftsprognose sowie Umweltschutzfragen. Offenbar ist der unverbindliche Gesprächskatalog unterdessen um die Themen Energiewesen, Transport und den Agrarsektor erweitert worden³². Die EG erfüllt die Verpflichtungen aus der Gemeinsamen Erklärung geschäftsmäßig, da sie den RGW unter den Vorzeichen sowjetischer Dominanz weder aufwerten wollte, noch in ihm ein funktionales Äquivalent sah. Die Anerkennung des RGW galt aus EG-Sicht nolens volens als Eintrittsticket für den Abschluß bilateraler Handels- und Kooperationsverträge mit den RGW-Staaten. Die Normalisierung äußerte sich zunächst in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den RGW-Mitgliedstaaten und der EG. Mit Ausnahme von Rumänien, das diesen Schritt erst Anfang Juni 1990 unternahm, akkreditierten sich alle europäischen RGW-Staaten kurz nach Abschluß der Gemeinsamen Erklärung bei den Europäischen Gemeinschaften.

RGW-Mitgliedstaaten und EG: Das Netzwerk bilateraler Abkommen

Bis Mitte 1990 hatten sämtliche RGW-Staaten Handels- und Kooperationsabkommen mit der EG paraphiert oder unterzeichnet. Davon sind vier zwischenzeitlich in Kraft getreten: im Falle Ungarns bereits am 1. Dezember 1988, der Tschechoslowakei am 1. April 1989, Polens am 1. Dezember 1989 und der UdSSR am 1. April 1990³³. Nach nur zwei bzw. vier Verhandlungsrunden wurde am 8. Mai ein Handels- und Kooperationsabkommen EG-DDR sowie EG-

Bulgarien unterzeichnet. Die zeitweise suspendierten Gespräche mit Rumänien führten am 8. Juni zur Paraphierung eines Abkommens in Brüssel³⁴. Das zunächst nur auf industrielle Erzeugnisse bezogene Handelsabkommen mit der CSSR vom 19. Dezember 1988 ist am 7. Mai 1990 zu einem Handels- und Kooperationsabkommen erweitert worden.

Folgende vier Elemente, die individuell adaptiert werden, sind in den bilateralen Vereinbarungen vorgesehen: (1) Zoll- und Handelsbedingungen, die de jure jedem RGW-Land die Meistbegünstigung, jedoch keine präferentiellen Konditionen einräumen. In unterschiedlichem Maße unterstützt die Gemeinschaft den verbesserten Zugang zu ihrem Markt für Importe aus Osteuropa, indem progressiv spezifische quantitative Beschränkungen zurückgenommen werden. (2) Die kommerzielle Kooperation bezieht sich im wesentlichen auf eine Verbesserung und Erleichterung der Tätigkeit von Unternehmen und auf einen Austausch von wirtschaftlichen Basisdaten. (3) Ökonomische Kooperation in jeweils einzeln aufgelisteten Bereichen von Umweltschutz über Dienstleistungen im Finanz-, Versicherungs- und Bankenbereich bis zum Tourismus. (4) Die Schaffung eines gemischten Ausschusses, der jährlich zusammentritt, um alle Fragen, die durch das Abkommen berührt werden, zu diskutieren, seine Durchführung zu regeln und die Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.

Das entsprechende Abkommen mit Ungarn vom 26. September 1988 sollte, so zunächst die EG-Position, das weitreichendste bleiben. Aus Sicht der Gemeinschaft galt Ungarn zumindest bis Herbst 1989 als führendes Reformland unter den RGW-Staaten. Zwischenzeitlich folgen jedoch auch die übrigen Abkommen dem ungarischen Beispiel. Entsprechend dem Durchbruch der Demokratisierungsbewegung in ganz Zentral- und Osteuropa mußte die EG ihre Instrumente und Leitlinien dieser Dynamik anpassen. Schon im Herbst 1989 reduzierte sie ihre Vorbedingungen für eine breitere Unterstützung³⁵. Ab Januar 1990 griffen im Zusammenhang mit dem PHARE-Programm gegenüber Ungarn und Polen Maßnahmen zur beschleunigten Beseitigung von spezifischen mengenmäßigen und nichtspezifischen Importbeschränkungen für den EG-Markt. Die Ausdehnung des allgemeinen Präferenz-Systems ist ein neues Element in den Beziehungen der EG zu den RGW-Staaten³⁶.

Nach einer langen Sondierungsphase einigte sich der EG-Ministerrat im Juli 1989 darauf, der Kommission ein Mandat für die Verhandlung über ein breites Handels- und Kooperationsabkommen mit der UdSSR zu erteilen, auch im rechtlichen Rahmen von EURATOM³⁷. Die wirtschaftliche Kooperation erstreckt sich in diesem Falle auf zwölf Einzelbereiche und damit auf nahezu alle Felder, in denen die Gemeinschaft Zuständigkeit hat. Der gemischte Ausschuss UdSSR-EG trat erstmals am 9./10. Mai 1990 in Moskau zusammen. Bislang ist das sowjetische Abkommen das einzige, das in der Präambel auf die Gemeinsame Erklärung hinweist³⁸. Das Abkommen mit der DDR fügt sich ohne größere Unterschiede in die Reihe der übrigen Handels- und Kooperationsabkommen. Es läßt den innerdeutschen Handel unberührt, deshalb ist die Bundesrepublik

Deutschland im handelspolitischen Vertragsteil nach Art. 113 EWGV nicht einbezogen³⁹. Angesichts der völlig neuen Perspektive der EG-Eingliederung der DDR und des Drei-Phasen-Plans der Kommission, den der Europäische Rat in Dublin in den Grundzügen bestätigte, mutet das EG-DDR-Abkommen bereits anachronistisch an⁴⁰.

Perspektiven: EG-Assoziierung und subregionale Kooperation

Die RGW-Staaten reagierten durchweg positiv auf Angebote der EG-Kommission und des Europäischen Rats zur Ausarbeitung von Assoziierungs- bzw. sogenannten Europaabkommen⁴¹. Auch Befürworter einer grundlegenden Reform des RGW sehen in der EG den zentralen Kooperationspartner⁴². Hinzu tritt die von der CSFR, Polen und Ungarn initiierte und partiell auch mit EG- und EFTA-Staaten – Italien bzw. Österreich – verbundene subregionale Kooperation, die sich punktuell auch auf den wirtschaftlichen Sektor erstreckt. Das Treffen der drei RGW-Länder in Bratislava am 9. April 1990 dämpfte jedoch überzogene Erwartungen im Hinblick auf die Substanz und Entwicklungsmöglichkeiten dieses Modells⁴³. Die dysfunktionalen Strukturen und Instrumente des RGW lassen mehr noch als in der Vergangenheit an seiner Zukunftsfähigkeit zweifeln, und die Frage drängt sich auf: Wer braucht künftig noch den RGW?

Anmerkungen

1 Vgl. Berichte über den von der CSSR, Polen und Ungarn geplanten Ausstieg aus den Verträgen über Wechselkurse auf Rubelbasis im RGW, *Süddeutsche Zeitung*, 20./21. 1. 1990 und *VWD-Europa*, 19. 1. 1990.

2 Vgl. *Prawda* v. 6. 7. 1988.

3 Vgl. Machowski, Heinrich: Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: Weidenfeld, Werner und Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89*, S. 397–404, bes. S. 398 f.

4 Vgl. Meier, Christian: Sowjetische Osteuropa-Politik im Zeichen der Perestrojka, in: Adomeit, Hannes u. a. (Hrsg.): *Die Sowjetunion unter Gorbatschow*. Stuttgart u. a. 1990, S. 359–382, hier bes. S. 367 f.

5 Vgl. Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Strukturen und Probleme*. Bonn 1987.

6 Vgl. die Zahlen bei Kwassow, Alexej: Brauchen wir den RGW?, in: *Neue Zeit* (Moskau), 18 (1990), S. 15–17, hier S. 15.

7 Zahlen nach *VWD-Europa* v. 8. 5. 1990.

8 Vgl. *VWD-Europa* v. 8. 5. 1990.

9 Communiqué, in: *Europa-Archiv* 3 (1990), D 66.

10 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 10. 1. 1990 und *Süddeutsche Zeitung* v. 11. 1. 1990.

11 Vgl. Kwassow, a. a. O., S. 17 und zur Annäherung an die OECD, *VWD-Europa* v. 18. 1. 1990.

12 Vgl. die Kennzeichnungen bei Höhmann, Hans-Hermann: *Soviet Perestrojka, Economic Reform and Integration Problems in Eastern Europe*, *Berichte des BI-Ost*, 26/1989 sowie Meier, a. a. O., S. 377 ff. Ähnliche Differenzierung bei Hausleitner, Mariana: *Die Osteuropa-Politik der Sowjetunion*, in: Bahr, Egon u. a. (Hrsg.): *Friedensgutachten 1989*, Hamburg 1989, S. 230–237.

13 Vgl. Machowski, Heinrich: Polens schwieriger Weg in die Marktwirtschaft, in: *APuZ* 12–13 (1990), S. 29–38 und die positive Zwischenbilanz Mitte Mai durch EG-Kommissionsvizepräsident Christoffersen, *VWD-Europa* v. 15. 5. 1990.

- 14 Rede vor dem Sejm am 18. 1. 1990, in: Europa-Archiv 7 (1990), D. 178–180, hier D. 180.
- 15 Der reformkommunistische Wirtschaftsminister Nyers hatte bereits im Sommer 1989 das Interesse Ungarns an einer EFTA-Zugehörigkeit und späteren EG-Mitgliedschaft signalisiert, vgl. Süddeutsche Zeitung v. 23. 6. 1989. Ergebnisse der Parlamentswahlen in: Europa-Archiv 9 (1990), Z 91.
- 16 Vgl. VWD-Europa v. 8. 5. 1990.
- 17 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 15. 6. 1990.
- 18 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 11. 1. 1990.
- 19 So der stellvertretende Ministerpräsident Dlouhy, vgl. VWD-Europa v. 9. 5. 1990.
- 20 Vgl. VWD-Europa v. 9. 4. 1990.
- 21 Vgl. FAZ v. 19. 6. 1990.
- 22 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 11. 1. 1990.
- 23 Ergebnisse der Volkskammerwahlen in: Europa-Archiv 8 (1990), Z 76. Staatsvertrag in: Bulletin, Nr. 63, 18. 5. 1990, S. 517–544, mit Bezug RGW in Art. 13 (Außenhandel).
- 24 Programmelemente: schrittweise Reform der Preisbildung, des Kredit- und Besteuerungssystems und die Einführung eines Sozialhilfesystems. Vgl. Europa-Archiv 12 (1990), Z 123.
- 25 Vgl. FAZ v. 10. 1. 1990.
- 26 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 17. 7. 1989 und Dokumentation der G-7 Erklärung in: Europe Documents, Nr. 1567/68, 18. 7. 1989.
- 27 Vgl. Schlußfolgerungen des Europäischen Rats in Dublin, 28. 4. 1990, in: Europa-Archiv 11 (1990), D 284–288, hier D 285 f. u. G-24 Kommissions-Entwurf, in: Europe Documents, Nr. 1626, 13. 6. 1990.
- 28 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, XXIII. Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1989. Luxemburg 1990, Punkt 786, S. 348–350.
- 29 KSZE-Dokument in: Europa-Archiv 9 (1990), D. 224–232.
- 30 Vgl. VWD-Europa v. 4. 4. 1990.
- 31 Treffen: November 1988 (Brüssel), April 1989 (Moskau) und November 1989 (Brüssel).
- 32 Vgl. Matern, Hans: Stand der Beziehungen RGW-EG, Thesenpapier, vorgelegt auf dem IV. Wissenschaftlichen Kolloquium zu den Beziehungen EG-RGW/Europäische Akademie Berlin/9.–12. 5. 1990.
- 33 Vgl. zu den ausgehandelten Verträgen mit Fundstellen: XXIII. Gesamtbericht, a. a. O., Punkte 788–798, S. 350–354.
- 34 Vgl. Agence Europe, Nr. 5164, 4. 1. 1990 und FAZ v. 8. 5. 1990. Wegen der aktuellen innenpolitischen Situation wird das Abkommen noch nicht ratifiziert.
- 35 Vgl. XXIII. Gesamtbericht, a. a. O., S. 350.
- 36 Vgl. Agence Europe Nr. 5110, 13. 10. 1989 und Nr. 5141, 29. 11. 1989.
- 37 Vgl. Agence Europe Nr. 5049, 3./4. 7. 1989.
- 38 Vgl. Agence Europe Nr. 5144, 2. 12. 1989, Nr. 5154, 15. 12. 1989 und Nr. 5156, 18./19. 12. 1989.
- 39 Vgl. Beise, Marc: Die DDR und die Europäische Gemeinschaft, in: Europa-Archiv 4 (1990), S. 149 ff.
- 40 Vgl. Mitteilung der Kommission: Die Gemeinschaft und die deutsche Vereinigung, vom 20. 4. 1990, in: EG-Nachrichten, Sonderausgabe Nr. 4, 2. 5. 1990, S. 9–22.
- 41 Vgl. Mitteilung der Kommission: Die Entwicklung der Beziehungen der Gemeinschaft zu den Ländern Mittel- und Osteuropas, in: ebd., S. 23–29.
- 42 Vgl. etwa Kwassow, a. a. O., S. 17.
- 43 Vgl. FAZ v. 11. 4. 1990.

Weiterführende Literatur

- Adomeit, Hannes u. a. (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka. Stuttgart u. a. 1990.
- Aslund, Anders: The Soviet Union seeks a new role for the CMEA, in: Europe and the Soviet Union. Proceedings of the CEPS 5th Annual Conference, Vol. II. Brüssel 1989, S. 53–70.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.): Umbruch in Europa. Die Ereignisse im 2. Halbjahr 1989. Eine Dokumentation. Bonn 1990.
- Lequesne, Christian: La RDA et la Communauté Européenne, in: Ménudier, Henri (Hrsg.): La RDA 1949–1990 du Stalinisme à la Liberté. Paris 1990, S. 233–241.
- Lippert, Barbara: Etappen der EG-Osteuropapolitik: Distanz-Kooperation-Assoziierung, in: Integration 3 (1990), S. 111–125.
- RGW-Sekretariat (Hrsg.): Der RGW in Zahlen 1989. Moskau 1989 (russisch).